

Blockpolitik oder Klassenkampf.

ap. Durch die Reichstagswahlen und die dann folgende Wahl des Reichstagspräsidiums, die alle Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen, haben die gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen in Bayern wenig Beachtung gefunden. Und doch verdienen sie diese im höchsten Maße. In Bayern ist, wenn wir nicht irren, zum ersten Male der Versuch mit einer regelrechten geschlossenen Blockpolitik gemacht worden. Um die große Zentrumsmajorität zu brechen, verbanden sich Liberale und Sozialdemokraten, um überall nur gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Da die Stichwahl fehlt und die relative Mehrheit entscheidet, konnte man nur in dieser Weise verhindern, daß dem Zentrum Wahlkreise zufielen, wo es keine Majorität besaß. Auf Grund dieser besonderen Verhältnisse stimmten auch radikale Blätter und Parteiorganisationen zu, das Experiment einmal zu versuchen. Es hat aber mit einem Fehlschlag geendet. Zwar haben, wie selbstverständlich zu erwarten war, Zentrum und Konservative viele Kreise verloren; aber darum handelte es sich nicht; das Wesentliche ist, daß sie die Mehrheit behalten haben. Die Blockpolitik hat versagt; die Früchte, die sie versprochen hatte, die Zertrümmerung der Zentrumsmehrheit und Anbahnung eines besseren Wahlrechts, sind ausgeblieben.

Die Blockpolitik steht der Politik des Klassenkampfes, die erfahrungsgemäß unsere Partei groß und stark gemacht hat, schnurstracks gegenüber. Sie verstößt direkt gegen die Grundanschauungen der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie beruht auf dem Klassengegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, sie führt den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie in der Weise, daß sie die Arbeiter über die Klassengegensätze und die Ausbeutung aufklärt, ihr Klassenbewußtsein weckt, ihre Einsicht erhöht und sie organisiert. Dadurch wird ihnen auch ihre Unterdrückung und Rechtlosigkeit klar bewußt; sie erheben ihre Forderungen auf sozialem und politischem Gebiet und die besitzende Klasse muß sie entweder mit schärferer Gewalt niederzuhalten oder durch Entgegenkommen und Gewährung ihrer Forderungen zu beschwichtigen suchen. Die Macht der Arbeiterklasse möglichst zu vergrößern, das ist das Ziel der sozialdemokratischen Politik des Klassenkampfes. Diese Politik ist aber zugleich die beste Reformpolitik: Reformen und Zugeständnisse gibt die Bourgeoisie

nur aus Furcht vor der Macht des Proletariats, in der Hoffnung, damit das weitere Anwachsen seiner Macht zu verhindern.

Die Blockpolitik beruht auf völlig entgegengesetzten Auffassungen. Sie weiß nichts vom Klassenkampf und betrachtet den Gegensatz zwischen den bürgerlichen Gruppen als wichtiger und größer als den Gegensatz dieser Gruppen zum Proletariat. Natürlich wird es oft vorkommen, daß die sozialistische Partei mit einer bürgerlichen Partei gegen eine andere zusammentrifft, z. B. um eine bestimmte Reform durchzusetzen oder reaktionäre Bestrebungen zurückzuweisen. Aber die Blockpolitik setzt sich diese Reformen oder die Bekämpfung reaktionärer Anschläge durch Unterstützung der anderen bürgerlichen Fraktion von vornherein als das einzige Ziel, dem sie die Vergrößerung der Macht des Proletariats opfert. Sie sieht nur die parlamentarischen Parteien, ihre Kombinationen und ihre Schlagworte und verliert dafür die Wirklichkeit des Lebens, die Ausbeutung und den Klassengegensatz, aus dem Auge. Sie redet nicht von Proletariat und Bourgeoisie, sondern von Reformparteien und Konservativen, von „Freiheitlichen“ und „Reaktionären“ als den großen Gegensätzen, wobei sie unter der ersten Bezeichnung die Sozialdemokraten mitsamt derjenigen bürgerlichen Partei versteht, womit diese gerade verbunden sind. Eine konsequente Blockpolitik steht daher im schroffsten Widerspruch zu der einfachsten sozialdemokratischen Einsicht.

Wie erklärt es sich dann aber, daß sie überhaupt für Sozialdemokraten möglich ist? Einfach dadurch, daß sie immer mit der biederen Miene eines Notmittels für außerordentliche Ausnahmeverhältnisse auftritt. Bald ist es ein reaktionäres Wahlgesetz, das nicht anders beseitigt werden kann, bald zwingt das Fehlen der Stichwahl dazu, bald muß ein reaktionärer Anschlag abgewehrt werden — immer liegt etwas besonderes vor. Ja, für normale Fälle, sagen ihre Befürworter, wollen wir auch den Klassenkampf, wenn alles genau nach dem Schema verläuft, wenn die Bourgeoisie eine Masse gegen die Arbeiter bildet, und uns zugleich alle politischen Rechte und Freiheiten zur Verfügung stehen. Aber für unseren besonderen Fall, da müssen wir dem Gebote der Taktik folgen. Viele, die sonst von Blockpolitik nichts wissen wollen, lassen sich dadurch einfangen, und während sich Ausnahmefall an Ausnahmefall reiht, wird aus dem Notmittel in der Praxis eine konsequente Blockpolitik.

Gerade der bayerische Fall ist in diesem Sinne lehrreich. Schon vor gut einem Jahrzehnt kämpften unsere Genossen in Bayern gegen ein Wahlgesetz, das einer re-

aktivären Partei eine feste Mehrheit gab; damals waren aber die Liberalen die schlimmsten Reaktionenäre und man verband sich 1905 mit den jetzt verschrieenen Zentrumsleuten gegen sie: „die bayrische Notwendigkeit, mit dem kleineren Reaktionenär den größeren zu besiegen“, wie Adolf Müller es in der „Neuen Zeit“ ausdrückte. Jetzt wird groß und klein offenbar vertauscht; jetzt sollen die Arbeiter liberal wählen, um nur die schreckliche Reaktion derselben Leute zu brechen, die sie vor 7 Jahren unterstützen mußten! Unsere Parlamentarier hatten damals schon im Voraus dem neuen Wahlgesetz zugestimmt, demselben Gesetz mit seiner relativen Mehrheit und seiner agrarischen Wahlkreiseinteilung, das dem Zentrum eine absolute Majorität sicherte, und dessen unerträgliche Schleichigkeit jetzt die Blockpolitik mit den Liberalen gegen das Zentrum nötig machte. Die Kompromißpolitik von damals hat selbst mitgeholfen, den Ausnahmefall zu schaffen, der heute zur Rechtfertigung der Blockpolitik angeführt wird.

Das eben ist der Fluch der bösen Tat,
daß sie fortzeugend Böses muß gebären!

Und jetzt zeigt sich aufs neue, wie die einmalige Anwendung der Blockpolitik immer weiter auf dieser schiefen Ebene führt. Der Ausfall der Wahl hat gezeigt, daß auf diesem Wege des Blockbündnisses das Zentrum zwar geschwächt, aber nicht besiegt werden kann. Er zeigt, daß dazu in erster Linie Stärkung der eigenen Macht, Werbung neuer Arbeitermassen, also proletarische Werbekraft, nötig ist. Aber ganz anders urteilt die revisionistische bayrische Presse. Durch Siegesjubel sucht sie ihre Leser über den Fehlschlag ihrer Taktik hinwegzutäuschen; nun erst recht auf diesem Wege weiter, ruft sie; noch fester als zuvor sollen die Minderheitsparteien gegenüber dem Zentrum zusammenhalten. Was zuerst nur als Augenblickstaktik für die Wahl mit Rücksicht auf das Ziel entschuldigt wurde, soll gerade, weil das Ziel nicht erreicht wurde, jetzt zur bleibenden normalen Politik der kommenden Jahre werden.

An den Klassenbewußten Arbeitern Bayerns ist es, hier nach dem Rechten zu sehen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß eine solche Blockpolitik die Machtentwicklung des Proletariats und damit die Zukunft der Sozialdemokratie hemmt und schädigt. Wenn der Kampf ausschließlich gegen einen Teil der besitzenden Klasse gerichtet und der andere Teil als Freund gepriesen wird, kann bei den Arbeitern keine klare Einsicht in die Klassenverhältnisse aufkommen. Was sie in erster Linie wissen müssen, um ihre Macht zu stärken — daß sie von der kapitalistischen Klasse ausgebeutet werden und sich dagegen organisieren

müssen — wird ihnen vorenthalten. Nicht der Kapitalismus, sondern die schwarz-blaue Partei wird ihnen als die Ursache ihres Glucks dargestellt. Ihre Ausbeuter, die liberalen Fabrikanten und Rentiers, werden als ihre Freunde, die Zentrumsbauern als ihre schlimmsten Feinde dargestellt. Nicht von der eigenen Machtentwicklung, der eigenen Anstrengung und der Stärkung der eigenen Organisation, sondern von der Hilfe der Liberalen sollen sie die Durchsetzung ihrer Forderungen erwarten. Verbreitung der sozialistischen Presse zur Aufklärung über den Kapitalismus ist nicht mehr in erster Linie nötig; nein, die „Münchener Post“ fordert „eine weitere Verbreitung der freiheitlichen Presse“, damit „die bayerische Oeffentlichkeit“ über das Zentrum aufgeklärt wird — freiheitlich ist im Blockjargon der neu erfundene schöne Sammelname für sozialistische Arbeiter und liberale Ausbeuter. Vom Sozialismus ist nicht mehr die Rede, sondern nur noch von Demokratie und Reaktion. Kein Wunder, daß viele bayerische Arbeiter sich gegen eine Politik, die solcherweise die Quellen unserer Macht verschüttet, aufzulehnen beginnen. Denn sie lähmt unsere Werbekraft unter den religiösen Arbeitermassen, die mit vollstem Erfolg gegen uns als Helfer der Liberalen gehetzt werden können, und sie verwirrt diejenigen, die schon zu uns gehören.

Die Demokratie ist uns viel wert; aber nicht um den Preis des Sozialismus. Das demokratische Wahlrecht ist uns kein Zweck, sondern Mittel zu dem Zweck, einer sozialistischen Arbeiter~~er~~schaft den friedlichen Weg zur Herrschaft zu bahnen. Wo es mit Mitteln gewonnen werden muß, die das Klassenbewußtsein der Arbeiter untergraben und den Sozialismus schwächen, da dürfen wir diese Mittel nicht anwenden.

Allerdings muß bei der Beurteilung der bayerischen Blockpolitik beachtet werden, daß die bayerischen Genossen nicht allein die Verantwortlichkeit trifft. Sie sind durchaus nicht die sieben Sünder im Lande der Gerechten. Auch in dem radikalen Flügel der Partei und seinen Organen redet man unter dem Einflusse der augenblicklichen Reichstagspolitik mehr oder weniger im Blockjargon; man spricht da nur noch von „Rechte“ und „Linke“, als bilden diese die natürlichen politischen Gegensätze, und man spottet über die Dummheit der Nationalliberalen, die nicht mittun wollen, als gehörten diese Vertreter des Großkapitals eigentlich normalerweise an unsere grüne Seite. Daher soll man bei aller sachlichen Kritik der bayerischen Blocktaktik nicht vergessen, daß die Bayern nur als konsequente Tat durchführten, was anderswo in der Form verschwommener Redensarten doch den Geist beherrscht. —